

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2010 am Donnerstag, 17. Dezember 2009

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
Herr Erster Bürgermeister Staab,
Frau Baubürgermeisterin Priebe,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

in diesem Jahr ist so manches anders. Auch die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs. In den zurückliegenden Monaten und Wochen wurden Sie und die Öffentlichkeit regelmäßig über die Situation der Stadt Waiblingen informiert. Als Oberbürgermeister betrachte ich es daher heute als meine Pflicht, bei der Haushaltsplaneinbringung über die aktuelle Lage der Stadt zu sprechen und einen Ausblick auf das Jahr 2010 zu wagen. Und angesichts der Bundes- und Landespolitik gestatten Sie mir auch dazu ein offenes Wort.

Entgegen der sonst üblichen Praxis, dass der Gemeinderat „überrascht“ wird von den im Plan veranschlagten Einnahmen und vor allem von den Ausgaben und den damit verbundenen kommunalpolitischen Schwerpunkten, die die Verwaltung setzt, wird der Haushaltsplanentwurf 2010 dieses Jahr erst eingebracht, nachdem der Gemeinderat in einer Klausurtagung umfassend über die wirtschaftliche Situation und den Vermögenshaushalt informiert wurde. Auch die gestern Abend durchgeführte gemeinsame Sitzung aller Ortschaftsräte, bei der über die Klausurtagung informiert und der Haushaltsplanentwurf 2010 vorgestellt wurde, war ein Novum.

Die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2010, der heute eingebracht wird, waren damit bereits vor dem heutigen Tag bekannt. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Diese sind der gesamtwirtschaftlichen Situation geschuldet.

Im Jahr 2009 haben sich die kommunalen Finanzen in einer bisher noch nicht gekannten Art und Weise entwickelt. Gemeinderat und Verwaltung mussten darauf reagieren. Und wir habend darauf reagiert. Planvoll, maßvoll und überlegt.

Bereits sehr früh wurde der Nachtragshaushaltsplan 2009 auf den Weg gebracht. Er machte deutlich, mit welchen Veränderungen die Stadt bereits dieses Jahr konfrontiert war. Der Sparbeitrag der Verwaltung wurde in großer Einmütigkeit im Gremium mitgetragen, wodurch sich eine Verbesserung von rund 1,2 Millionen Euro im laufenden Haushaltsjahr ergab. Gleichwohl konnte damit noch nicht der Befreiungsschlag erzielt werden und das zu erwartende Jahresergebnis für 2009 ist alles andere als erfreulich und gibt tiefen Grund zur Sorge. Über 2009 hinaus.

Diese Sorge rührt vor allem daher, dass auch das Jahr 2010 in einer finanziellen Notlage zu bewältigen ist, welche die Stadt Waiblingen in ihrer Nachkriegsgeschichte bisher nicht kannte.

Veränderungen in der Zuführungsrate gab es schon immer.

Veränderungen in diesem Umfang, von einer positiven Zuführungsrate von 11,4 Millionen Euro im Jahr 2008 zu einer negativen Zuführungsrate von 14,3 Millionen Euro im Jahr 2009 und zu einer negativen Zuführungsrate in Höhe von rund 18 Millionen Euro im Jahr 2010 wurden bisher aber weder erlebt noch von irgend jemandem vorhergesehen.

Gleichwohl lässt uns diese Situation nicht ratlos erscheinen. Gemeinderat und Verwaltung wissen, was zu tun ist. Alle Möglichkeiten der Einnahmeerzielung sind auszuschöpfen und alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Das Verwaltungshandeln ist effizient, prozessoptimiert auszurichten und auf seine Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen. Bestehende Infrastruktureinrichtungen sind in ihrem Zuschussbedarf zu untersuchen und wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen: „Was können wir uns in den nächsten Jahren noch leisten und worauf müssen wir verzichten?“

Ich betone ausdrücklich, dass es nicht darum geht, was wir uns noch leisten „wollen“ oder worauf wir verzichten „wollen“. Die wirtschaftliche Situation erfordert ein alternativloses Handeln, dem wir uns alle nicht entziehen können.

Kommunalpolitik kann in wirtschaftlichen Zeiten wie diesen nicht damit gemacht werden, dass Wohltaten verteilt oder Bauprojekte zugesagt werden. So wünschenswert und gut sie wären.

Wir alle müssen die Agenda unseres Handelns darauf ausrichten und uns anstrengen, diese schwierige wirtschaftliche Zeit durch gemeinsames Handeln, durch eine klare Positionsbestimmung und durch einen klaren Kurs zu bestehen, der das Ziel hat, unsere ausgezeichnete Infrastruktur zu erhalten, ohne handlungsunfähig zu werden und so, dass trotzdem noch Gestaltungsspielräume bleiben.

Mit der Entscheidung, die Grundsteuer zu erhöhen, bestand der Gemeinderat seine erste Bewährungsprobe im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung. Keinem ist dieser Beschluss leicht gefallen. Er war aber einfach notwendig. Er hat deutlich gemacht, dass die Infrastruktur und die Dienstleistungen unserer Stadt entweder durch die Gewerbesteuer und Einkommenssteuer finanziert werden oder wenn diese ausfallen, von der gesamten Bürgerschaft zu bezahlen sind.

Doch was heißt das? Unser diesjähriges Defizit beträgt 15 Mio. Euro. Es rührt aus dem Zuschussbedarf zur Deckung des Defizits von Einrichtungen, seien es Kindertagesstätten, Schulen, Horte, Sporthallen, Sportplätze, des Bürgerzentrums, der Galerie und Kunstschule, der Musikschule, der Friedhöfe, der Hallen- und Freibäder, der Bürgerhäuser und Büchereien, der Rathäuser, der Volkshochschule, der Familienbildungsstätte, oder aus den Kosten der Straßenreinigung, des Winterdienstes, der Feuerwehr oder des Betriebshofs.

Bisher ist dieses Defizit, also die Kosten für unsere Infrastruktur, aus der Gewerbesteuer und Einkommenssteueranteilen bestritten worden.

Mit anderen Worten: Die Unternehmen, die Dienstleister, die Einzelhändler, Handwerker, Gewerbetreibenden haben mit ihren Steuerabgaben diese Einrichtungen, man kann sagen, unsere Stadt, maßgeblich finanziert. Diese Einnahmen sind nun zu einem großen Teil weggebrochen.

Unterstellt, wir würden diese Kosten nicht reduzieren können, sondern wir würden dieses Defizit auf die Bürgerschaft übertragen, müsste die Bürgerschaft 2009 rund 15 Millionen Euro aufbringen, um den laufenden Betrieb mit zu finanzieren. Das sind bei rund 53.000 Einwohnern pro Person 283,- Euro Belastung.

Und zwar für jeden Erwachsenen im Berufsleben genauso wie für den Hartz IV-Empfänger, das Neugeborene oder die Senioren in den Seniorenzentren oder zu Hause. Der Hartz IV – Regelsatz für Kinder ab 14 Jahren beträgt übrigens 287 Euro, für Erwachsene 359 Euro pro Monat.

Die Bürgerschaft ist nicht derart belastungsfähig. Die Reaktionen auf die Grundsteuererhöhung sind zwar größtenteils verständnisvoll, aber auch dazu sind einige kritische Mails und Briefe eingegangen.

Natürlich werden in den nächsten Wochen und Monaten sämtliche Gebühren und Beiträge auf den Prüfstand gestellt und der jeweilige Kostendeckungsgrad unter den Gesichtspunkten des öffentlichen Interesses und der sozialen Verträglichkeit angepasst, sprich ggf. erhöht werden müssen. Aber wir müssen darauf achten, dass wir die Bürgerschaft nicht im wahrsten Sinne des Wortes „über Gebühr belasten“. Aber gute Dienstleistungen, eine gute Infrastruktur, sind ihr Geld wert und kosten ihren Preis.

Diese Erkenntnis kam vielleicht in den vergangenen Jahren zu kurz. Manches kam vielleicht zu selbstverständlich und auch zu billig. Schätzen die Menschen überhaupt das, was wir als Stadt bieten?

Wir werden uns immer wieder die Frage stellen müssen, ob der Bürger bereit ist, für den Standard der Dienstleistungserbringung einen bestimmten Betrag mehr zu bezahlen oder ob wir eher im Interesse des Bürgers handeln, wenn wir den Standard senken, die Dienstleistung einschränken oder ganz auf sie verzichten, aber den Steuer- und Gebührenzahler nicht bis an seine Grenze zur Kasse bitten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das lokale Handeln muss im bundesrepublikanischen Kontext und in dem des Landes Baden-Württemberg gesehen werden. Den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland werden derzeit Steuererleichterungen versprochen, mit denen die Konjunktur angekurbelt und das Wachstum beschleunigt werden soll.

Das ist grundsätzlich sinnvoll und richtig. Allerdings werden diese durchaus wichtigen und berechtigten Konjunkturimpulse auf Kredit finanziert und gleichzeitig werden auch wir Kommunen zur Kasse gebeten, da weniger Steuereinnahmen zur Verteilung vorhanden sind. Von den etwa 8,5 Milliarden Steuerausfällen, werden etwa 1,57 Milliarden Euro von den Kommunen zu schultern sein.

Wenn man dies auf die Einwohner umrechnet, kommen etwa 980.000 Euro auf Waiblingen zu. Um das zu rechnen brauchen Sie einen wissenschaftlichen Taschenrechner mit Exponentialfunktion. Das ist aber kein Problem. Was schlimmer ist, das ist genau der Betrag, den wir mit der Grundsteuererhöhung an Mehreinnahmen erzielt haben, der uns nun durch den Bund wieder aus der Tasche gezogen wird.

Bund und Länder machen Schulden in noch nie gekanntem Ausmaß, ohne auf der Ausgabenseite erkennbar gegenzusteuern. Es gibt auch keine Planung, wie die Kredite in dieser immensen Höhe einmal wieder zurückbezahlt werden.

Wenn die Stadt Waiblingen so handeln würde, wie es derzeit die Bundesregierung und auch das Land planen, müssten wir keine Haushaltsstrukturkommission einrichten, sondern würden unseren Finanzbedarf über Kredite finanzieren und darauf hoffen, dass dadurch die Steuer- und Gebühreneinnahmen wieder steigen.

Natürlich sind Kredite notwendig und auch Waiblingen wird 2010 weitere Kredite benötigen, um Investitionen auf den Weg zu bringen und Finanzierungslücken zu überbrücken.

Einen kommunalen Haushalt aber nur auf Pump aufzubauen ist kein sorgsamer und verantwortungsvoller Umgang mit dem uns anvertrauten kommunalen Gemeinwesen.

Hinzu kommt, dass wir als Stadt Waiblingen im Jahr 2010 nicht nur all unsere Investitionen mit Kredit finanzieren, sondern dass wir unseren laufenden Haushalt durch Kredite stützen müssen. Den neuen Schulden steht also kein adäquater Gegenwert gegenüber. Dies ist ein alarmierendes Zeichen, vor dem wir die Augen nicht verschließen dürfen und auf das wir reagieren müssen.

Die Verwaltung hat in den zurückliegenden Wochen dafür bereits intensive Vorarbeiten geleistet, die sich auch in der Klausurtagung niedergeschlagen haben und die in die Arbeit der Haushaltsstrukturkommission, die erstmals am 30. Januar 2010 tagt, einfließen werden. Wir sind nicht ratlos. Ganz im Gegenteil.

Die Fakten erhalten Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren aus dem Gemeinderat und aus den Ortschaftsräten, sauber aufbereitet und entscheidungsreif vorgelegt.

Die Verwaltung wird aber keine „Vorschläge“ unterbreiten, sondern aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt. Wir werden Ihnen alle Freiwilligkeitsleistungen auffisten und aufzeigen, wo durch strukturelle Änderungen Einsparungen bzw. eine höhere Wirtschaftlichkeit erreichbar sind.

Die notwendigen Entscheidungen unter Abwägung der Auswirkungen müssen von uns im Gremium getroffen werden, weil wir gemeinsam die politische Verantwortung tragen. Es darf in den anstehenden Prozessen der Haushaltskonsolidierung keine Denkverbote und Tabus geben. Ich bitte auch inständig, bei der Prüfung von Maßnahmen nicht als Erstes zu fragen, „wer“ sie vorgeschlagen hat, sondern ausschließlich die vorgelegte Maßnahme nüchtern und sachlich zu prüfen.

Noch etwas ist mir wichtig: Waiblingen hat in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten viel erreicht. Wir sind eine lebenswerte, liebenswerte und attraktive Stadt, die auf ihre Infrastruktur in der Kernstadt und in den Ortschaften stolz sein kann.

Für eine Stadt mit 53.000 Einwohnern sind wir sehr gut ausgestattet und haben ein hohes Niveau erreicht. Das zeichnet die Stadt aus. Deswegen wählen Familien, Dienstleister und Einzelhändler, Unternehmer und Gewerbetreibende unsere Stadt als ihren Sitz, Wohn- und Standort aus.

Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, alle Sparbemühungen und Sparbeschlüsse so zu fassen, dass die Menschen weiterhin ihren Stolz auf unsere Stadt Waiblingen behalten können. Lassen Sie uns versuchen, dass sich die Menschen weiterhin mit Waiblingen identifizieren, sich für ihre Stadt einsetzen und sich für sie stark machen.

Letzteres meine ich insbesondere auch im Hinblick auf die vielen ehrenamtlich Tätigen, die wir in unserer Stadt haben. Die Stadt war in den vergangenen Jahrzehnten ein verlässlicher Partner für die Vereine und Organisationen, Kirchen und Gruppierungen. Das soll sie auch weiterhin bleiben. In der Partnerschaft kommt es aber auch darauf an, Verständnis füreinander zu haben. Gerade in schwierigen Zeiten ist dies wichtiger denn je.

Lassen Sie uns versuchen, diese Partnerschaft zu erhalten und um Verständnis für die Situation der Stadt werben. Wir müssen aber auch versuchen, unseren Partnern Möglichkeiten zu bieten, damit sie auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit ihr gesellschaftliches, kulturelles, sportliches und soziales Ehrenamt ausüben und den Menschen in unserer Stadt zur Verfügung stellen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie in die Zukunft reichen. Die Zahlen des Haushaltsplanentwurfs 2010 basieren auf Prognosen und Annahmen. Den Grundoptimismus der Verwaltung können sie daran erkennen, dass wir im Jahr 2010 eine Gewerbesteuererinnahme veranschlagt haben, die über der des Jahres 2009 liegt. Dies deshalb, weil viele Unternehmer und Gewerbetreibenden in Gesprächen und bei Begegnungen in der jüngsten Vergangenheit deutliche Signale gesendet haben, die Hoffnung geben, dass die Wirtschaft wieder anspringt.

Und eines darf nicht zu kurz kommen: Das ist der Dank an die Unternehmen und Betriebe, die in den zurückliegenden schwierigen Monaten Arbeitsplätze erhalten und diese teilweise sogar in die Zukunft hinein gesichert haben, wenn Sie an die Arbeitsplatzgarantie von Stihl bis ins Jahr 2015 denken.

Die Arbeitslosenstatistik für den Rems-Murr-Kreis und für die Stadt Waiblingen zeigt, dass die Maßnahmen des Konjunkturpakets II und die Maßnahmen im Rahmen der Kurzarbeit gegriffen haben, so dass die Sozialhaushalte zumindest bisher noch nicht gravierend gestiegen sind.

Ich betrachte dies auch als unseren Erfolg, nachdem wir im Jahr 2009 1,5 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II mit kommunalen Mitteln in etwa gleicher Höhe ergänzt haben, um zahlreiche Schulen, Kindertagesstätten und auch unser Hallenbad fit zu machen, energetisch zu sanieren und damit für die Konjunktur und den Umweltschutz einiges bewegten.

Die Arbeitsplatzzahlen sind stabil geblieben. Einen deutlichen Abwärtstrend, nicht nur in Waiblingen, wird aber der Anteil an der Einkommenssteuer aufweisen, der im Jahr 2010 um 4 Millionen Euro geringer als 2009 nur noch 20 Millionen Euro betragen wird.

Beim Blick auf die Ausgaben im Jahr 2010 möchte ich mich heute darauf beschränken zu betonen, dass ich froh darüber bin, dass der Kreistag des Rems-Murr-Kreises am vergangenen Montag in breiter Mehrheit eine Kreisumlage von 35,5 % festgesetzt und nicht 36 % beschlossen hat, was der Kreis wollte.

Dies ist ein gutes und wichtiges Signal des Kreistags gewesen, das deutlich macht, dass auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kommunen Rücksicht genommen wird.

Natürlich bedeutet dies für den Landkreis, dass für die Investitionen eine höhere Neuverschuldung akzeptiert wird und einige Unsicherheitsfaktoren im Kreishaushalt verankert sind. Ich denke aber, dass die gleichen Risikofaktoren auch in der kommunalen Finanzplanung enthalten sind und vom Landkreis und den Kommunen gemeinsam getragen werden und die gleiche Messlatte bei beiden angelegt wird. Das, was für die Kommunen gilt, muss auch für den Kreis gelten.

Waiblingen wird übrigens keine personelle Aufstockung bei der Waffenbehörde vornehmen, im Gegensatz zum Kreis.

Nicht weil wir so gut ausgestattet sind, sondern weil es vom Kreis voreilig war, sich im Juni Personal vom Kreistag für ein novelliertes Waffenrecht genehmigen zu lassen, das im Juli gänzlich moderater beschlossen wurde und das auch mit dem bisherigen Personalbestand bewältigt werden kann.

Waiblingen verzichtet auch auf die Schaffung einer Stelle trotz der Einführung einer EU-Dienstleistungsrichtlinie. Auch wird auf die Ausweisung eines Europabeauftragten verzichtet – obwohl wir einige Mittel aus Brüssel holen.

Die Beschäftigten der Stadt Waiblingen, das gilt für die Einrichtungen, wie beispielsweise Kindertagesstätten, Horte oder Sporthallen und für den Betriebshof genauso wie für die Verwaltungen in den Ortschaften und im Rathaus, sind motivierte, kompetente und dienstleistungsorientierte Menschen.

Sie gehen sorgsam mit den ihnen anvertrauten Gütern um und erfüllen ihre Aufgaben wirtschaftlich, freundlich und mit Umsicht. Sie haben es in den nächsten Wochen in der Hand, durch eigene Vorschläge, durch eigenes kreatives Dazutun die wirtschaftliche Situation der Stadt verbessern zu helfen.

Gegenüber den Beschäftigten habe ich im Rahmen der diesjährigen Personalversammlung die wirtschaftliche Situation der Stadt erklärt und eine Zusage auch im Namen des Gemeinderats gegeben, dass niemand um seinen Arbeitsplatz bangen muss und betriebsbedingte Kündigungen nicht vorgenommen werden.

Gleichwohl habe ich um Verständnis darum gebeten, dass aufgrund der Haushaltssituation auch mit Personalengpässen zu rechnen ist, Krankheitsfälle im Bestand ohne Ersatz abzuwickeln sind und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegebenenfalls neue Aufgaben übertragen bekommen, wenn sich dies durch natürliche Fluktuation oder durch Veränderungen in der Verwaltungsstruktur oder durch Sparbeschlüsse ergibt. Diese Flexibilität muss und darf erwartet werden.

Die Ausgaben für das Personal sind in den zurückliegenden Jahren bis auf ganz wenige Stellen ausschließlich deswegen gestiegen, weil Waiblingen wie kaum eine andere Stadt in den Bereich der Kindertagesstätten, den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige und die Ganztagsbetreuung im Kindergarten und die Ganztagschule an allen Schularten investiert hat. Der Grundsatz: „Investitionen in Kinder sind Zukunftsinvestitionen“ hatte und hat oberste Priorität.

Daher sei ein Wort zu der aktuellen Diskussion an der Wolfgang-Zacher-Schule zur Einführung der Ganztageschule gestattet.

In Waiblingen gilt bisher die Maxime, dass wir für Bildung und Betreuung zur Sicherstellung des Anspruches der familienfreundlichen Stadt und zur Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in diesen Bereichen zumindest bisher keine Einsparungen und Kürzungen vorgenommen haben. Ganz im Gegenteil.

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – 2010 – ist vorgesehen, in den Ausbau der Kinderbetreuung, wie beispielsweise in den Um- und Ausbau des Kindergartens Obsthalle in Beinstein zu investieren.

Ich habe mir, unabhängig ob es wenige oder viele Eltern sind, die sich nun gegen die Ganztageschule an der Wolfgang-Zacher-Schule wenden, die Frage gestellt, ob in Waiblingen in den vergangenen Jahren manches Neue und manche Verbesserung „zu einfach“ ging.

Wird es überhaupt noch geschätzt, was angeboten wird? In anderen Städten müssen die Menschen darum kämpfen, wenn sie einen Ausbau der Kinderbetreuung wünschen, wenn es darum geht, Ganztagesbetreuung einzurichten oder wenn es darum geht, Ganztageschulen und Sporthallen auf den Weg zu bringen.

In Waiblingen hat man diese Wünsche aus der Bevölkerung aufgenommen, im Stadtentwicklungsplan verankert, zeitnah und qualitativ umgesetzt und kostenlos oder zu äußerst günstigen Gebühren der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Diese Politik zeigt Wirkung. Das will ich überhaupt nicht verhehlen und ich stehe nach wie vor dazu, dass in Kinder investiertes Geld gut investiertes Geld ist, das wir mehrfach wieder zurückerhalten.

Erst jüngst, beim Neubürgerempfang Anfang Dezember, hat mir eine Familie erklärt, dass sie eigentlich in eine kleinere Nachbarstadt ziehen wollte, ihr dort auf dem Rathaus allerdings erklärt wurde, dass Ganztageskinderbetreuung in Kindertagesstätten oder an Schulen nicht zum Standard gehören würden. Daraufhin suchte sich die Familie eine Wohnung in Waiblingen und äußerte sich äußerst lobend über das vorhandene Angebot.

Ich halte deshalb nichts davon, von der Ganztagessschule Abstand zu nehmen, nur weil es derzeit ein einige wenige Eltern gibt, welche die Angebote, ich betone, ANGBOTE nicht wünschen. Der individuelle Bedarf oder der nicht vorhandene individuelle Bedarf nach der Ganztagessschule kann kein ausschlaggebendes Kriterium sein und wir können nicht jedes Schuljahr neu die Eltern fragen, was sie brauchen oder nicht. Verlässlichkeit und Planbarkeit sind wichtig. Auch die finanzielle Situation darf uns im Bereich der Bildung nicht zu Schnellschüssen oder einer Abkehr vom Konzept verleiten.

Hoffentlich tragen aber die Krise und die aktuelle wirtschaftliche Situation dazu bei, dass wir uns verstärkt bewusst machen, auf welchem hohem Niveau wir leben, welchen Wohlstand wir erworben haben und wie hoch die Ansprüche sind, die wir täglich erfüllt wissen wollen und oftmals in den vergangenen Jahren auch recht problemlos erfüllt bekamen – oder für andere erfüllten. Nicht dass ich Dankbarkeit erwarte. Ich erwarte mehr Erkennen und bewusstes Erleben – und weniger selbstverständliche Hinnahme und weniger oft grenzenloses Anspruchsdenken.

Ich will ausdrücklich betonen, dass es mir wichtig ist, dass wir an den grundlegenden Zielen unserer Kommunalpolitik, die im Stadtentwicklungsplan verankert sind, festhalten werden. Wir dürfen an diesem Konsens, der mit der Bürgerschaft in der Kernstadt und in den Ortschaften gefunden wurde, nicht rütteln.

Gerade in schwierigen Zeiten ist ein klarer Kurs, das Verfolgen von Zielen wichtiger denn je. Waiblingen kennt seine Ziele, weiß wohin es sich entwickeln will, was sich allerdings gegenüber den Vorjahren verändert hat, sind der Zeitraum und der Weg, die wir einplanen müssen, um unsere Ziele zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, normalerweise ist es die Aufgabe des Oberbürgermeisters bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs insbesondere auf den Vermögenshaushalt einzugehen.

Beim Blick in den Haushaltsplanentwurf 2010 im Vermögenshaushalt kann festgestellt werden, dass dort nur die Investitionen verankert sind, die als Fortsetzungsinvestitionen, weil sie im Jahre 2009 oder in Vorjahren begonnen wurden, veranschlagt sind.

Aber auch dies sind nicht gerade kleine Positionen, wenn Sie beispielsweise an die Sanierung und den Umbau der Stadtbücherei bzw. von Teilen des Marktdreiecks denken. Auch hier investiert die Stadt Waiblingen 6,5 Millionen Euro in Bildung und Kultur.

Aber sie investiert diesen Betrag auch in unsere Innenstadt, damit wieder ein öffentlicher Magnet, unsere Stadtbücherei, mit hoher Kundenfrequenz attraktiv seine Pforten öffnen kann.

Auch die Investitionen für den Ausbau der Neustädter Straße werden fortgesetzt, damit das Wohngebiet Wasen bebaut werden kann und auch die bestehende Bebauung entlang der Neustädter Straße vom Verkehr entlastet wird.

Wichtige Fortsetzungsinvestitionen sind auch die Maßnahmen im Bereich der Sozialen Stadt Waiblingen-Süd. Mit dem Bau des Pflegeheims mit Kindertagesstätte soll im Jahr 2010 begonnen und auch die Maßnahmen zur Bebauung des westlichen Areals der Unteren Röte müssen eingeleitet werden, damit die in den Grund und Boden investierten Mittel wieder in den kommunalen Haushalt zurückfließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es an dieser Stelle mit meinen Ausführungen zum Haushalt 2010 bewenden lassen. Der neue Zeitplan für die Haushaltsplanverabschiedung sieht vor, dass der Haushaltsplan nun eingebracht ist, da er aber die Vorgaben zur Genehmigungsfähigkeit nicht erfüllt, bedarf er einer weiteren Nacharbeit, die nur gemeinsam von Gemeinderat und Verwaltung geleistet werden kann.

Ich danke bereits heute allen Mitgliedern des Gemeinderats und der Ortschaftsräte, insbesondere den Mitgliedern der Haushaltsstrukturkommission und auch Herrn Ersten Bürgermeister Staab sowie Frau Baubürgermeisterin Priebe sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz zur Haushaltskonsolidierung.

Die Haushaltsstrukturkommission wird am 30. Januar 2010 das erste Mal tagen. Danach sind weitere Sitzungen vorzusehen, um die anstehenden Maßnahmen in der gebotenen Ausführlichkeit zu beraten und für den Gemeinderat zur Beschlussfassung empfehlen zu können. Selbstverständlich werden bei allen auch die Ortschaften betreffenden Maßnahmen die Ortschaftsräte gehört werden.

Es muss unser Ziel sein, am 6. Mai 2010 den Haushaltsplan beschließen zu können. Die Alternative, sich bis zum 1. Juli 2010 Zeit zu nehmen, dauern zu lange und die Arbeiten für einen wahrscheinlichen Nachtrag müssten dann bereits anlaufen, bevor der erste Haushaltsplan beschlossen ist.

Beide Varianten liegen Ihnen vor – welche gewählt wird, hängt von der Absprache im Gremium und davon ab, wie zielorientiert Empfehlungsbeschlüsse in der Haushaltsstrukturkommission gefasst und im Gemeinderat beschlossen werden. Bei der gestrigen Informationsveranstaltung mit den Ortschaftsräten hat sich herauskristallisiert, dass man vermutlich erst nach der ersten Sitzung der Haushaltsstrukturkommission und der sich daran anschließenden Beratungsrunde absehen kann, wie viel Zeit wir für die Beratungen benötigen.

Der Blick muss aber fest auf den 6. Mai 2010 gerichtet sein.

Ich wünsche uns gute Haushaltsberatungen sowie Kraft und Mut, die notwendigen Beschlüsse zu fassen und genügend Optimismus und Vertrauen in die Solidität und Leistungsfähigkeit der Stadt und ihrer Einwohner sowie in die Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende, diese schwierige Situation zu meistern.

Ein Wort des Dankes gilt an dieser Stelle auch Herrn Fachbereichsleiter Hähnle und seinem Team für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs.

Danken darf ich auch den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Steuerzahlern unserer Stadt dafür, dass sie mit ihren Beiträgen und Mitteln unser Gemeinwohl, unsere schöne Stadt Waiblingen finanzieren.